

A N F R A G E von Peter Reinhard (EVP, Kloten)

betreffend Verhinderung von „erschlichenen“ Nationalratslisten

Aus den Medien wurde bekannt, dass Herr D. einmal mehr mit nicht lupenreinen Methoden Unterschriften gesammelt hat. Diesmal hat er unter anderem älteren Personen unter Vor-spielung falscher Angaben Unterschriften „abgeluchst“. So wurde die Angst um die Sicher-heit der Renten als Scheinargument eingesetzt, um die eigene Nationalratsliste mit Kandida-tinnen und Kandidaten zu bestücken und die 400 Listenunterschriften zu ergattern. Diese un-redliche Unterschriftenbeschaffung ist mehr als störend. So wird die Demokratie systema-tisch unterwandert.

Die Behörden verhalten sich trotz öffentlicher Aussagen von Betroffenen legalistisch und be-rufen sich auf formale Gepflogenheiten. So wird den Betroffenen beispielsweise geraten, die Ämter aufzusuchen und dort ihre Unterschrift zu widerrufen, obschon bekannt ist, dass die Betroffenen den Gang zu den Behörden oftmals scheuen. Andere sind sich gar nicht erst bewusst, was sie überhaupt unterzeichnet haben.

Grundsätzlich sollte in solchen Verdachtsmomenten eine aktive Haltung der Behörden ver-langt werden. Auch sollten die zuständigen öffentlichen Stellen bei derartigen Vorwürfen den Kontakt zumindest zu den „Pseudokandidatinnen und -kandidaten“ selber suchen. Nur so kann unser System glaubhaft aufrecht erhalten werden.

Ich frage den Regierungsrat an:

1. Ist die Regierung bereit, die zuständigen Ämter anzuweisen, in Zukunft bei solchen öf-fentlich vorgetragenen Verdachtsmomenten aktiv zu werden und eine Abklärung umge-hend und aktiv aus eigener Initiative vorzunehmen?
2. Ist die Regierung auch der Meinung, dass Machenschaften, wie sie sich Herr D. schon mehrmals zu eigen gemacht hat, bekämpft werden müssen? Welche Massnahmen er-achtet die Regierung als sinnvoll (Strafmass etc.)?

Peter Reinhard